BESCHLUSSVORLAGE			Gremium:			3. Plenarsitzung Gemeinderat		
STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister - Bitte austauschen! -		Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:			21.10.2 2014/0 <sup>2</sup> 8 öffentli Dez. 2	109		
Mitgliedschaft bei EFUS								
Beratungsfolge dieser Vorlag	ge am	1-	TOP	ö	nö	Ergebnis		
Hauptausschuss	07.10.2	2014	4		$\boxtimes$	vorberat Auswirk	ten: s. Änderung finanz. ungen S. 1, letzter Absatz S. eschluss	
Gemeinderat	21.10.2	2014	8			genehn	nigt	
Personalausschuss nachträgliche Bekanntg	25.11.2 jabe	2014						
Im Zusammenhang mit der Durchführung des 19. Deutschen Präventionstages erfolgte die Einladung an die Stadt Karlsruhe, dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) bzw. dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) beizutreten.  Der Gemeinderat nimmt die beigefügten Ausführungen zur Kenntnis und beschließt, dass die Stadt Karlsruhe die Mitgliedschaft sowohl bei EFUS als auch DEFUS beantragt und innerhalb der Verwaltung die erforderlichen Strukturen für den Aufbau des Geschäftsbereiches geschaffen werden.								
Finanzielle Auswirkungen			nein ☐ ja ⊠					
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)		Finanzierung durch städtischen Hausha				Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatori- schen Kosten abzügl. Folgeer- träge und Folgeeinsparungen)	
4.690 Euro	-		Sachkostenbudg (Mitgliedsbeitrag)			•	4.690 Euro	
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung Kontierungsobjekt: 3200.1100 Ergänzende Erläuterungen:						Kontenart:		
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant		nein 🗌 ja	☐ ja ⊠		Handlungsfeld: Zukun		ft Innenstadt und öffentl. Raum	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein 🛛 ja 🗌		durchgeführt am				

nein ⊠ ja 🗌

abgestimmt mit

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) wurde 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet. Bundesweit gehören dem Forum Stand heute acht deutsche Städte an: Augsburg, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Mannheim, München, Stuttgart und Leer.

Das Forum hat das Ziel, die Akteure des urbanen Lebens in den europäischen Städten zusammenzubringen, um die Sicherheit als gemeinsames Gut von Städten und Bürgern zu fördern. Es werden gemeinsam Aktionen entwickelt und Erkenntnisse über das Netzwerk weitergegeben. Zu diesen Städten gehören europaweit u. a. auch Paris, Rom, Brüssel, Mailand, Florenz, Marseille, Straßburg.

Die deutschen EFUS-Mitgliedstädte haben sich auf dem 15. Deutschen Präventionstag in Berlin zum Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) zusammengeschlossen. Auch dieses Netzwerk möchte an der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit der deutschen Großstädte mitwirken, insbesondere auf den Gebieten der Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung, der Intensivierung der kommunalen Kriminalprävention und der Verkehrssicherheit.

Anlässlich des 19. Deutschen Präventionstages in Karlsruhe fand die 8. Mitgliederversammlung von DEFUS statt. Hierzu war auch die Stadt Karlsruhe eingeladen, der in diesem Zusammenhang die Offerte für eine Mitgliedschaft gemacht wurde.

Die Mitgliedschaft kostet derzeit im Netzwerk EFUS für Städte der Größenordnung Karlsruhes **4.690 Euro Beitrag pro Jahr**. Die Mitgliedschaft bei EFUS beinhaltet für deutsche Mitglieder die Mitgliedschaft im Netzwerk DEFUS. Damit sind keine weiteren Kosten verbunden. Weiteres zu EFUS und DEFUS ist aus den beigefügten Anlagen ersichtlich. Im Internet gibt es darüber hinaus gehende Informationen unter www.defus.de oder www.efus.eu.

Ausgehend von den ähnlich gelagerten Problemstellungen in allen europäischen Großstädten könnte Karlsruhe von der Expertise des europäischen Netzwerkes profitieren. Die in Karlsruhe bestehenden Themen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden in gleicher oder ähnlicher Form in den anderen Mitgliedstädten diskutiert. Auch würde durch eine Mitgliedschaft in EFUS die Möglichkeit eröffnet, auf europäische Fördermittel zuzugreifen, um Projekte in Karlsruhe (teil-)zufinanzieren.

Eine Umfrage bei den Mitgliedstädten in Baden-Württemberg bestätigt diese Annahme. Ebenso wurde bestätigt, dass durch die Mitgliedschaft und die hieran geknüpfte Erwartungshaltung, sich in das Netzwerk einzubringen, ein **Mehraufwand von einer Vollzeitstelle** verbunden ist.

Schon heute arbeitet das Ordnungs- und Bürgeramt eng mit dem Bereich der Kriminalprävention der Landespolizei zusammen. Allerdings zeigt sich, dass nicht die personellen Ressourcen vorhanden sind, um Themen neu aufzugreifen oder mit der gebotenen Intensität voranzubringen. In Karlsruhe ist seit mehreren Jahren der Trend einer deutlichen Zunahme von Straftaten zu beobachten. Allein in den Jahren 2009 bis 2013 hat sich die Anzahl der Straftaten in Karlsruhe kontinuierlich von 25.716 auf 31.210 gesteigert. Von 2012 auf das Jahr 2013 hat sich die Zahl der Straftaten um 9,7 % erhöht.

Durch die Mitgliedschaft könnten die städtischen Maßnahmen im Bereich der kommunalen Kriminalprävention weiter verstärkt werden. Sämtliche sicherheitspolitische Themen, die in EFUS und DEFUS behandelt werden, könnten in die Stadtverwaltung eingespeist und im engen Kontakt mit anderen Fachdienststellen weiterverfolgt werden. Derzeit laufen (bzw. sind geplant) u. a. Projekte in den Themengebieten "Methoden/Sicherheitsaudits", "Sicher-

heit und Tourismus", und "Lokale Institutionen gegen Extremismus". In der Vergangenheit wurden Themen, wie "Alkoholprävention", "Gewalt und Vandalismus im Kontext großer Veranstaltungen" oder "Vermeidung wiederholter Straffälligkeit" behandelt.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Netzwerken EFUS und DEFUS beizutreten. Hierfür wird beim Ordnungs- und Bürgeramt eine Vollzeitstelle eingerichtet, die die Arbeitsgruppensitzungen dieser Netzwerke vor- und nachbereitet, an den Projektgruppensitzungen teilnimmt, die Entwicklung der Themen in der Stadtverwaltung Karlsruhe federführend vorantreibt und den Fachbereich "Kommunale Kriminalprävention" verstärkt.

Zudem wird vorgeschlagen, ein Lenkungsgremium unter Leitung des für den Fachbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständigen Dezernenten einzurichten, in dem neben dem Polizeipräsidium Karlsruhe dezernatsübergreifend alle städtischen Ämter vertreten sind, die Präventionsaufgaben wahrnehmen. Die Koordinierung, Weiterverfolgung bzw. Umsetzung von Ideen und Projekten aus diesem Gremium würde dann ebenfalls von der neu geschaffenen Stelle beim Ordnungs- und Bürgeramt übernommen werden.

Der Hauptausschuss hat empfohlen, die Stellenschaffung zurückzustellen und darüber bei den Haushaltsberatungen zu entscheiden.

## Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Hauptausschuss -:

- 1. die Mitgliedschaft beim Europäischen Forum für Urbane Sicherheit sowie beim Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit zu beantragen.
- 2. die Einrichtung eines Lenkungsgremiums unter Leitung des für Sicherheit und Ordnung zuständigen Dezernats.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

21. Oktober 2014